

Kinderkriegen ist keine Frage des Geldes

Mehr Geld vom Staat scheint für Familien nicht Grund genug zu sein, mehr Kinder zu bekommen. Untersuchungen zeigen, dass vor allem die Rahmenbedingungen stimmen müssen, damit sich Frauen für Nachwuchs entscheiden.

Von Janine Köpfler

Ein Staat kann die Kinderzahlen durchaus beeinflussen. Wo er mehr Geld für Kinder und Familien ausgibt, werden tendenziell mehr Kinder geboren, heisst es in einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Ausschlaggebend sei jedoch, wo in Familienfreundlichkeit investiert wird, denn «Kindergeld allein macht keine Kinder», sagen die Autorinnen der Studie, die im vergangenen Jahr für Aufsehen gesorgt hat.

Kinder? Beruf? Beides!

In Island bekommen die Frauen im Schnitt 1,93 Kinder. Das ist eine der höchsten Geburtenraten in Europa. Im Vergleich: In Liechtenstein bekommt eine Frau durchschnittlich nur noch 1,4 Kinder. In Island sind 90 Prozent der Frauen erwerbstätig, in Liechtenstein sind es 62 Prozent. Auch isländische Frauen, die zwei oder mehr Kinder haben, geben ihren Beruf zu 81 Prozent nicht auf. Ein ähnliches Bild zeigt sich in anderen relativ kinderreichen Ländern wie Schweden, Norwegen und Frankreich. Frauen haben in diesen Ländern die Wahl: Sie können als Familienfrau zu Hause bleiben, können aber auch arbeiten, weil sie gute Betreuungseinrichtungen und gute Jobs finden.

Weniger Kinder trotz Kindergeld

Die Studie mit dem Titel «Emanzipation oder Kindergeld?» erläutert, wie sich die unterschiedlichen Kinderzahlen in den Ländern Europas erklären lassen. Die Wissenschaftler kommen zum Schluss, dass dort, wo der Staat in Dienstleistungen, die eine Erwerbstätigkeit mit Kindern ermöglichen, investiert, mehr Nachwuchs zur Welt



Kinder – ja oder nein? Am meisten Kinder kommen in jenen Gesellschaften zur Welt, in denen die neue Rolle der Frau anerkannt und unterstützt wird.

Bild Wodicka

kommt. Ein positiver Effekt zeigt sich, wenn Kinderkrippen, Kindergärten, Tagesmütter oder Haushaltshilfen finanziert werden.

Was passiert, wenn die Politik nur auf Kindergeld setzt, zeigt das Beispiel Österreich und Deutschland. Im vergangenen Jahr sank in fast allen Bundesländern Österreichs die Zahl der Geburten.

Vor allem in Kärnten war der Unwille, eine Familie zu gründen, mit Abstand am grössten. Um sechs Prozent sank die Geburtenzahl im südlichsten Bundesland, und das, obwohl Landeshauptmann Jörg Haider Anfang 2006 das sogenannte «Babygeld» einführt. Bisher wurde rund 6000 Anträgen auf Babygeld stattgegeben, was die Landesregierung mehr als fünf Millionen Euro an Steuergeld gekostet hat. Die Geburtenzahlen sinken trotzdem.

Kinderbetreuung zu wenig unterstützt

In Deutschland werden ebenfalls immer weniger Kinder geboren, obwohl

der Staat vergleichsweise grosszügige finanzielle Zuschüsse gewährt. Rund drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts wendet Deutschland für die Familienförderung auf, sprich Kindergeld und Steuererleichterungen. Die Unterstützung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung liegt dagegen nur bei 0,77 Prozent des BIP.

Ein Ländervergleich der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, dass die nordischen Länder, Frankreich und die Niederlande für Dienstleistungen wie beispielsweise die Kinderbetreuung zwischen 40 und 60 Prozent der gesamten Familienförderung ausgeben. In Deutschland sind es dagegen nur 25 Prozent.

Auch in Liechtenstein werden viele Geldleistungen einkommensunabhängig an Familien gezahlt (Kinderzulage, Geburtszulage, Mutterschaftszulage etc.). Von den Ausgaben für Familien machen diese Leistungen über 80 Prozent aus. Lediglich drei Prozent fließen in den Posten Dienstleistun-

gen, darunter die Kinderbetreuung in Tagesstätten. Kinderkriegen aber ist keine Frage des Geldes. Verschiedene Studien zeigen, dass die Geburtenrate eng mit der Anerkennung der Frau zusammenhängt. Gesellschaften, in denen die Berufstätigkeit von Frauen akzeptiert wird, in denen sich auch Väter um Kleinkinder kümmern, wo Beziehungen ohne Trauschein und uneheliche Kinder als normal gelten, erfreuen sich hoher Kinderzahlen.

Damit Frauen die Wahl haben

Wo Liechtenstein in Sachen Familienfreundlichkeit steht, verraten die internationalen Untersuchungen und Studien nicht. Auch geben sie kein Patentrezept für eine tadellose Familienpolitik. Tatsache ist, dass sich auch hierzulande ein neuer Typ Frau bemerkbar macht. Frauen, die genau wissen, was sie wollen: einen Beruf, eigenes Geld, Kinder und Verantwortung in der Gesellschaft. Eine funktionierende Familienpolitik muss diesen Frauen gerecht werden.